



Schwerpunkt Deindustrialisierung als Fakt und Fiktion

Mit dem Bedeutungsverlust der Industrie in reichen westlichen Gesellschaften werden weitreichende Befürchtungen und Hoffnungen verbunden. Dies hat Vorhersagen eines bevorstehenden Wandels zur Dienstleistungsgesellschaft immer wieder zum Gegenstand politischer Konflikte werden lassen. Ein historischer Blick auf die Karriere der postindustriellen Gesellschaft in öffentlichen Debatten kann verständlich machen, wie Zukunftsszenarien aus gesellschaftlichen Machtstrukturen und Konfliktkonstellationen hervorgehen.

Deindustrialisierung als gesellschaftliches Konfliktfeld

Die Diagnose ist nicht neu: Seit den späten 1970er-Jahren gilt die industrielle Güterproduktion in reichen Ländern als Auslaufmodell. Was nicht in Länder mit günstigeren Lohnkosten verlagert wird – so die Erzählung –, wird stückweise automatisiert, bis sich in reichen Industrieländern langsam, aber sicher postindustrielle Gesellschaften herausbilden. Mit der Deindustrialisierung – dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutungsverlust der fertigen Industrie – werden in den Sozialwissenschaften zahlreiche gesellschaftliche Probleme im frühen 21. Jahrhundert in Verbindung gebracht – unter anderem der mehrheitsfähige Rechtspopulismus in England und den USA, sich verschärfende interregionale Unterschiede, wach-

sende Einkommensungleichheiten, sinkende Produktivitätsentwicklung und politische Blockaden in der Klimapolitik. Wäre da nicht die COVID-19-Pandemie, stünde die Deindustrialisierung mit ihren Flurschäden im Zentrum aller gegenwärtig diskutierten Herausforderungen für die Stabilität demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften.

Bevor er seit 2008 zunehmend als Geißel der reichen Demokratien Europas und Nordamerikas beschrieben wurde, war der wirtschaftliche Strukturwandel durch-

aus positiv besetzt – eine Art postkapitalistische Utopie. Historisch ist die Theorie vom quasispontanen Strukturwandel von der manuellen Feldarbeit über den Karosseriebau zur Softwareprogrammierung geprägt von einem aus heutiger Sicht schlicht naiven Fortschrittsglauben. Der Historiker Jan-Otmar Hesse hat sie treffend als einen letzten „Dinosaurier des modernisierungstheoretischen Mesozoikums“ beschrieben. Mit ihr verbunden waren nicht selten Versprechen, dass mit der Industriearbeit Klassenkonflikt, Ressourcen-

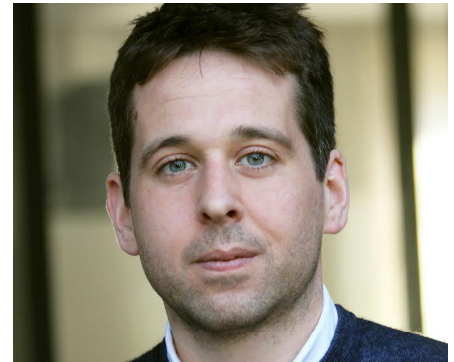
Mit der Deindustrialisierung werden zahlreiche gesellschaftliche Probleme im frühen 21. Jahrhundert in Verbindung gebracht.

knappe und manuelle Arbeit überwunden würden.

Dass mit dem Strukturwandel derart weitreichende Hoffnungen und Befürchtungen verbunden wurden, hat ihn zu einem stark politisch umkämpften Zukunftsentwurf werden lassen. Seit den 1970er-Jahren gibt es kaum einen Handelskonflikt, in dem sich die jeweils bedrohte Industrie nicht mit einem Verweis auf die „Zukunft des Industriestandorts“ unverzichtbar zu erklären versucht hat. Und in so gut wie jeder größeren wirtschaftspolitischen Reform haben Befürworter von den Segnungen bald wachsender „moderner“ Branchen geschwärmt. In Untergangserzählungen und Erneuerungsversprechen, die um die Deindustrialisierung kreisen, drücken sich gesellschaftliche Konflikte um die Deutung der Zukunft aus. Das Wechselspiel, in dem Interpretationen tatsächlicher Erfahrungen, wissenschaftliche Beobachtungen und politisch-ökonomische Konflikte um die Bestimmung der postindustriellen Gesellschaft ringen, ist typisch für den Umgang demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften mit ihrer Zukunft.

Deindustrialisierung als Fakt

Wissenschaftliche Kritik an der Theorie sektoralen Wandels existiert zuhauf. Um nur einige wenige oft wiederholte Kritikpunkte zu nennen: Viele Länder folgten historisch nicht dem Dreitakt, hatten etwa eine lange dominante Beschäftigung im Agrarsektor (Japan), einen Überhang bei Dienstleistungsbeschäftigung in der Phase ihrer Hochindustrialisierung (USA) oder eine überraschend stabile Industriebeschäftigung (BRD). Die sektorale Zuordnung wirtschaftlicher Aktivitäten ist notorisch problematisch. Das Drei-Sektoren-Schema ist keine empirische Beschreibung wirtschaftlicher Realität, sondern ein hoch abstrakter Deutungsrahmen, der so gut wie immer zu wünschen übrig lässt, wenn genauer hingesehen wird. Wohin gehört etwa die Buchhaltung eines Turbinenherstellers? Und selbst wenn es halbwegs gelingt, Aktivitäten schlüssig zuzuordnen, bleibt das Problem, dass wirtschaftliche Aktivitäten über ihre Zuordnung hinweg funktional verflochten sind. Man denke an die vielfältigen Aktivitäten, die mit der heutigen Landwirtschaft verwoben sind, aber überwiegend nicht



Timur Ergen
 ist seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Im Rahmen seines Forschungsprojekts untersucht er Deindustrialisierung in komparativer Perspektive. Seine weiteren Forschungsinteressen sind Wirtschaftssoziologie, Innovation, Energiepolitik, Fiskalpolitik, Wettbewerb und Wettbewerbsrecht. Mehr zur Person: <https://tergen.org>

auf einem Hof stattfinden. Solche und zahlreiche weitere Überlegungen haben viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu gebracht, die Existenz

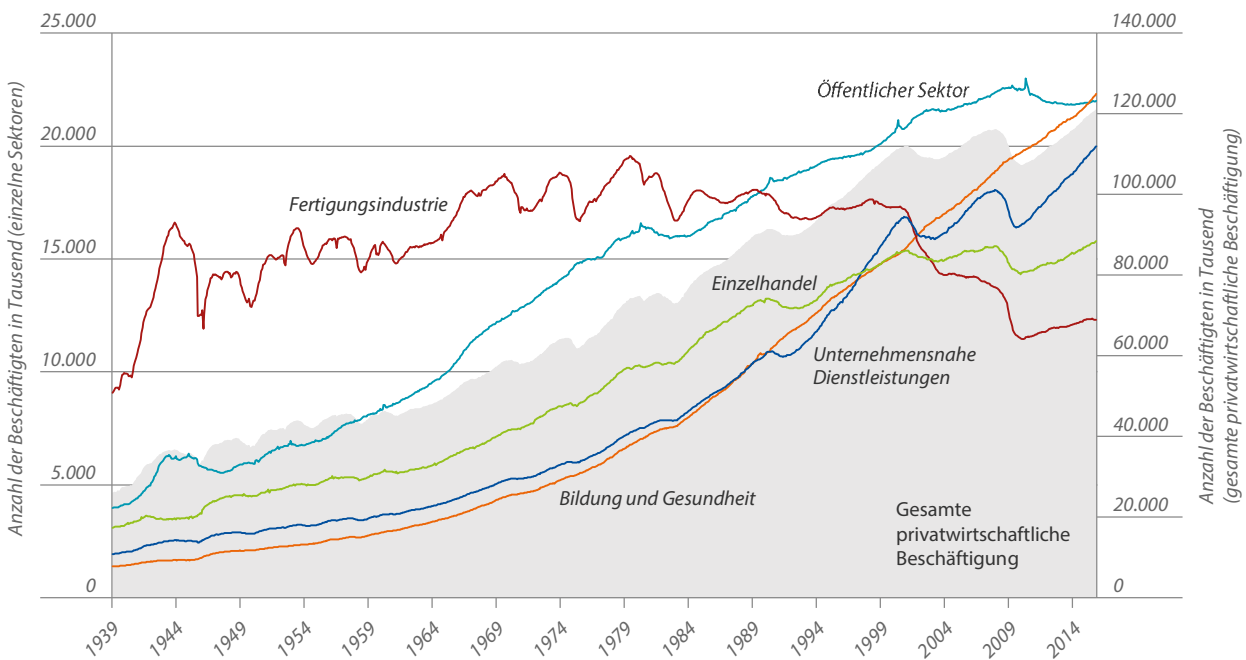
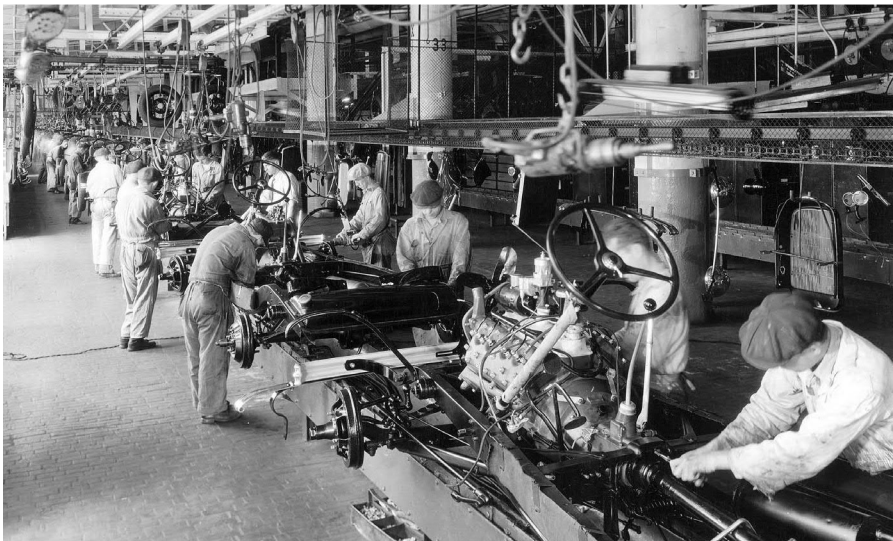


Abbildung 1: **Sektorale Beschäftigung in den USA, 1939–2015.** Deindustrialisierung wird häufig als relativer Bedeutungsverlust der industriellen Produktion gegenüber anderen Sektoren verstanden – eine Entwicklung, die sich im Wandel der sektoralen Beschäftigungsstruktur der USA widerspiegelt.

Datenquelle: U.S. Bureau of Labor Statistics



Das klassische Drei-Sektoren-Schema ist ein hoch abstrakter Deutungsrahmen, der bei gründlichen Analysen so gut wie immer zu wünschen übrig lässt. Es teilt die Wirtschaft in drei Bereiche ein und sagt eine phasenweise verlaufende Verschiebung der Beschäftigung vom Agrar- über den Industrie- hin zum Dienstleistungssektor voraus.

postindustriellen Wandels grundsätzlich anzuzweifeln.

Seit den späten 1990er-Jahren ist es in den Sozialwissenschaften üblich, Deindustrialisierung als langsamen, aber stetigen relativen Bedeutungsverlust der Fertigung in der Beschäftigungs- und Wertschöpfungsstruktur anzuerkennen, der in der OECD zu großen Teilen auf Produktivitätssteigerungen in der Güterproduktion zurückgeht. Dieser Interpretation zufolge verkennen viele der besorgten Diagnosen eines Niedergangs der Fertigungsindustrie in reichen Ländern die Realität. Ein Auf und Ab in den Geschicken einzelner Firmen, Cluster, Industrien oder Regionen ist für die Geschichte des Kapitalismus charakteristisch – und zwar im 19. wie im 21. Jahrhundert. Der englische Nordosten, der amerikanische mittlere Westen und das deutsche Ruhrgebiet sind nicht die ersten Regionen in der Geschichte des Kapitalismus, die mit einem rapiden Niedergang ihrer lokalen Wohlstandsquellen zu kämpfen haben. In der mittleren Frist – so das häufig beschwichtigende Argument – sollten Kapitalverschiebungen zwischen oder innerhalb von wirtschaftlichen Aktivitätsbereichen nicht mit strukturellen Verschiebungen verwechselt werden.

Deindustrialisierung als Fiktion

Für die soziologische Analyse gesellschaftlicher Reaktionen auf Deindustrialisierung sind Argumente über die eigentliche Tiefenstruktur des Phänomens nur bedingt von Nutzen. Insoweit Unternehmensverlagerungen geografisch und historisch „geklumpt“ auftraten und von gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren als strukturelle Brüche wahrgenommen wurden, waren möglicherweise „objektiv falsche“ Interpretationen sinnstiftend und handlungsleitend. Anders ausgedrückt: Wenn Regionen wie das Ruhrgebiet oder die Stahlcluster in Ohio innerhalb weniger Jahre Zehntausende Arbeitsplätze verloren, hat man Deindustrialisierung selbstverständlich als ein-

schneidenden Bruch wahrgenommen. Interpretationen über die Zukunft industrieller Strukturen entstehen in politisch-ökonomischen Konflikten – meist im Zusammenhang mit konkreten Ereignissen und Reformprojekten. Die Karriere des postindustriellen Wandels als gesell-

tinnen und Experten, die die amerikanische Gesellschaft als blockiert von überkommenen Industriestrukturen darstellten. Deindustrialisierung wurde auf Basis dieser Allianz von einer Einheit stiftenden kollektiven Bedrohung zu einer Verheißung für die Verlierer des al-

Gesellschaftliche Konflikte um die Zukunft des verarbeitenden Gewerbes sind im letzten Jahrzehnt erneut äußerst relevant geworden. Seit der Finanzkrise von 2008 ist in allen reichen westlichen Demokratien vermehrt die Frage nach dem Einfluss des Staats auf die strukturelle Verfassung von Wachstumsmodellen gestellt worden. Kann und soll der Staat die Anpassung von Industriestrukturen an technologischen Wandel forcieren? Inwieweit sollen gesellschaftliche Ressourcen dafür aufgewandt werden, bestehende Industriestrukturen zu konservieren? Und inwieweit muss Raum für den Anschluss an neue Branchen und Betätigungsfelder geschaffen werden? Derartige Fragen führen auch gegenwärtig zu gesellschaftlichen Konflikten um die Deutung der Zukunft.

Der Konflikt zwischen der gezielten Stärkung „alter“ Industrien und der Bevorteilung „neuer“ Branchen durchzieht seit den 1970er-Jahren viele Politikfelder.

schaftlich konstituierter Zukunftsentwurf lässt sich über politisch-ökonomische Arenen hinweg historisch verfolgen und erlaubt Einblicke in die Dynamiken gesellschaftlicher Erwartungsbildung.

Anschauliche Beispiele dieser Dynamiken finden sich in der US-amerikanischen Unternehmenssteuerpolitik der 1980er-Jahre. Die Regierung Ronald Reagans hatte 1981 die größte Steuersenkung der amerikanischen Geschichte verabschiedet – den Economic Recovery Tax Act –, hauptsächlich um in der Krise steckende Fertigungsindustrien zu Neuinvestitionen anzuregen. Neben ihrer obszönen Höhe war an der Steuersenkung vor allem bemerkenswert, dass sie im Kongress weitgehend von beiden Parteien getragen wurde. Die versprochene Stabilisierung des industriellen Kernlands in den turbulenten frühen 1980er-Jahren verband unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen.

Diese Allianz ist in den Folgejahren zerbrochen. Im Jahr 1986 beendete die US-Regierung die seit dem Zweiten Weltkrieg überall in der OECD übliche Bevorzugung kapitalintensiver Betriebe im Unternehmenssteuerrecht und wandte sich damit offen gegen wichtige Interessen aus der Fertigungsindustrie. Getragen wurde diese Abkehr von einer neuartigen Allianz aus Kleinunternehmen, dem Handel und industriell spärlich besiedelten Bundesstaaten sowie Exper-

ten Konsenses. Gewerkschaftsvertreter warnten den Kongress nachdrücklich davor, dass die USA zu einer „nation of hamburger stands“ verkommen würden – eine rhetorische Figur, die in der bundesdeutschen Debatte ihre Entsprechung in folgender Warnung fand: „Wir können nicht davon leben, uns gegenseitig die Haare zu schneiden.“ Ronald Reagan bewarb den Pfadbruch im Unternehmenssteuerrecht 1986 mit den Worten: „Die alte müde Wirtschaft ... ist von einer jungen, kräftigen Lokomotive des Fortschritts beiseite geräumt worden, die eine Zugladung neuer Jobs, höherer Einkommen und Möglichkeiten mit sich bringt“ (eigene Übersetzung). Die tatsächlich relativ konstanten Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteile verschiedener wirtschaftlicher Aktivitätsbereiche waren für diese Auseinandersetzungen weitgehend irrelevant.

Ähnliche Dynamiken, in denen Verschiebungen von Machtstrukturen und gesellschaftlichen Allianzen mit interpretativen Verschiebungen einhergehen, finden sich zuhauf in vielen Feldern der Wirtschaftspolitik. Der Konflikt zwischen der gezielten Stärkung „alter“ Industrien und der Bevorteilung „neuer“ Branchen durchzieht seit den 1970er-Jahren nicht nur die Steuerpolitik, sondern auch die Arbeitsmarktpolitik, die Handelspolitik, die Technologiepolitik und die Wettbewerbspolitik.

Zum Weiterlesen

Beckert, J., and T. Ergen: **Transcending History's Heavy Hand: The Future in Economic Action.** In: *Handbook of Economic Sociology for the 21st Century.* A. Maurer (Ed.). Springer Nature, London 2021 (forthcoming).

Ergen, T., and I. Rademacher: **Imagining the Age of the Entrepreneur: U.S. Corporate Tax Reform in the 1980s.** 2020 (unpublished manuscript).

Ergen, T.: **Wirtschaftliche Untergangsszenarien und neoliberale Reformen.** *Leviathan* 47 (2), 144–68 (2019).